

Bleiben wir mal bei echten Neuigkeiten

■ Von Peter Rossbach

Nein, diesmal gibt es nix mit „Tor zur Stadt“. Außer ein paar Nebenschauplätzen gibt es ja auch nix Neues diese Woche.

Bleiben wir da also lieber bei echten Neuigkeiten, ja Überraschungen. Der Gemeinderat Wutha-Farnroda hat (siehe nebenstehenden Bericht) nun doch den neuen Plänen für die Verlegung der B 19 von Wilhelmsthal quer durch den Wald mit einem riesigen (und auch in Bau und späterem Unterhalt riesig teuren) Tunnel unter Bedingungen Zustimmung erteilt. Nach all den bisherigen Beratungen und Gesprächen war das eine echte Überraschung.

Dass die Anwohner der B 88 gerne eine Umgehungsstraße hätten, ist mehr als verständlich. Diesen nachvollziehbaren Wunsch dann aber aus meiner Sicht unzulässigerweise mit dem B-19-Pro-



jekt zu verknüpfen, halte ich für Wahnsinn. Viel wahrscheinlicher wird sein, dass der Tunnel B 19 kommt, aber die B-88-Umfahrung schon aus Geldmangel Wunschtraum bleibt.

Nun wollen die Gegner des Projektes ein Bürgerbegehren auf die Beine stellen, um diesen Gemeinderatsbeschluss dann wenn alle Stricke reißen auch per Bürgerentscheid wieder aufheben zu lassen. Da sei ihnen mal viel Erfolg gewünscht.

Verein setzt auf Bürgerbegehren

Mosbacher wollen Zustimmungsbeschluss des Gemeinderates zur B-19-Verlegung nicht hinnehmen

■ Von Olaf Leffler und Peter Rossbach

Wutha-Farnroda/Mosbach.

Mit einer Überraschung und einem schon jetzt angekündigten Nachspiel endete am Donnerstag der öffentliche Teil der 31. Sitzung des Gemeinderates in Wutha-Farnroda. Mit 13 gegen 5 Stimmen bei zwei Enthaltungen stimmten die Gemeinderäte unter Bedingungen der neuen Trassenvariante der B19 zu. Ein so volles Haus hatten die Gemeinderäte von Wutha-Farnroda bei ihren Sitzungen noch nicht erlebt.

Im Rahmen der erneuten Anhörung zum Raumordnungsverfahren für das Vorhaben „Neubau der B19 zwischen Etterwinden und Wutha-Farnroda“ war die Gemeinde Wutha-Farnroda aufgefordert bis Ende des Monats eine Stellungnahme zu erarbeiten und durch den Gemeinderat zu beschließen.

Wer in Wutha-Farnroda von der Umverlegung der B19 spricht, stößt zwangsläufig sofort auch auf das Thema einer Ortsumgehung der B88. In der neuen Variante (Variante V 4) wurden durch die Planungsbehörde beide Themen allerdings getrennt, worüber zahlreiche Bürger und Gemeinderäte wenig erfreut waren.

Entsprechend kontrovers wurde dann auch die Diskussion von den Gemeindevertretern zu diesem Thema geführt. Während Bürgermeister Torsten Gieß (SPD) und der 1. Beigeordnete Matthias Kehr (SPD) in ihren Diskussionsbeiträgen eindeutig für eine Ablehnung der neuen Variante plädierten, wurde von Gemeinderatsmitglied Ernst Kranz (SPD) ein Änderungsantrag eingebracht, in dem man unter bestimmten Bedingungen der neuen B-19-Variante



Der Bürgerverein Mosbach macht auch nach dem Beschluss des Gemeinderates gegen die Pläne zur B-19-Verlegung mobil. Ein Bürgerbegehren soll her.
Foto: Sascha Willms

zustimmen wollte. So entwickelte sich eine lange und heftige Diskussion, die von den zahlreichen Zuschauern verfolgt und mehrfach auch lautstark kommentiert wurde.

Von beiden Seiten wurden kaum neue Argumente ins Feld geführt. In den vergangenen Wochen, nach der Vorstellung der neuen Pläne, wurde bereits ausführlich über dieses Thema diskutiert. Wie etwa am 8. Oktober bei einer sehr gut besuchten Bürgerversammlung in der Hörselberghalle oder bei zahlreichen Veranstaltungen im Vorfeld der Bundestagswahlen. So standen die Gemeinderäte von Wutha-Farnroda vor der schwierigen Aufgabe eine Entscheidung für die Zukunft zu treffen. Mit einem überraschend deutlichen Ergebnis setzte sich der Antrag von Ernst Kranz durch und der Gemeinderat fasste folgenden Beschluss: die

Gemeinde Wutha-Farnroda nimmt die modifizierte neue Trassenvariante V 4 zur Kenntnis und stimmt unter folgenden Bedingungen zu.

Die Durchgängigkeit der B19 bis zur Anschlussstelle Eisenach Ost müsse gewährleistet sein. Schon die A4-Verlegung im Bereich Hörselberge habe zur Erhöhung der Verkehrsbelastung auf der B88 in Wutha-Farnroda, Schönau, Kalberfeld und Sättelstädt geführt. Die B19 werde zu einer weiteren Zunahme des Durchgangsverkehrs führen. „Deshalb fordern wir die schnelle Realisierung der Ortsumgehung Stockhausen.“ Zum anderen, so heißt es nun in dem Beschluss, müsse die Ortsumgehung B88 Wutha-Farnroda wieder in dieses B-19-Verfahren aufgenommen werden.

Die kritischen Verkehrsbelastungen im Bereich der Ortslage Wutha-Farnroda (Eisenacher

Straße und Ruhlaer Straße) träfen die am dichtesten besiedelten Bereiche der Gemeinde. Die Verkehrszahlen seien „eine eindeutige Begründung für die Notwendigkeit einer Ortsumgehung in diesem Bereich“.

Zu dieser Zustimmung des Gemeinderates gibt es aber nicht nur Verwunderung, sondern auch erheblichen Protest. „Ich habe aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit schon an sehr vielen Ausschusssitzungen und Stadtratssitzungen, zu Teils weit größeren Themen teilgenommen. Was sich aber vor wenigen Minuten in der Hörselberghalle abgespielt hat, ist mir in 5 Jahren nicht untergekommen“, machte etwa Enrico Gruhl direkt nach der Sitzung keinen Hehl aus seinem Unmut. Er ist Chef des Bürgervereins Mosbach, der seit langem gegen die B-19-Verlegung mittels riesigem Tunnel oder direkt am Ort

vorbeikämpft. Der Gemeinderat ignoriere nicht nur das ablehnende Votum des Bauausschusses, sondern auch über 250 Einwendungen von Bürgern aus den vergangenen Wochen. Gruhl rechnet mit einer erheblichen Zunahme der Verkehrs- und damit Lärmbelastung nicht nur in Mosbach, sondern auch in Wutha und Schönau, sollten die Verlegungspläne Wirklichkeit werden. Und vor den Umweltfolgen warnt Bürgermeister Torsten Gieß, der den ursprünglich ablehnenden Entwurf der gemeindlichen Stellungnahme nun als persönliche Einwendung gegen die Verlegungspläne in das Verfahren einbringt. Zu den Folgen des Tunnelbaus auf den Grundwasserhaushalt und damit die Vegetation und die Wasserversorgung des Brunnens für das Waldschwimmbad Mosbach werde für die Variante nichts ausgesagt, beklagt Gieß. „Diese Variante stellt einen irreparablen Eingriff in die Natur dar, es wird nach wie vor Landschaftsraum und Lebensräume von Mensch und Tier zerschnitten und zerstört.“

Und der Bürgerverein macht so richtig Dampf. „Wir werden nächste Woche den Antrag auf ein Bürgerbegehren bei der Gemeinde einreichen, um diesen Gemeinderatsbeschluss wieder zu kippen“, kündigt Gruhl gegenüber TLZ/EP gestern an. Dieser Antrag wird dann von der Gemeinde auf Zulässigkeit geprüft, woran Gruhl keinen Zweifel hat. Für ein erfolgreiches Begehren braucht der Verein dann rund 500 Unterschriften von stimmberechtigten Einwohnern der Gesamtgemeinde. Wenn der Rat dann seinen Beschluss nicht zurücknimmt, so Gruhl, „werden wir einen Bürgerentscheid über diese Frage anstreben“.